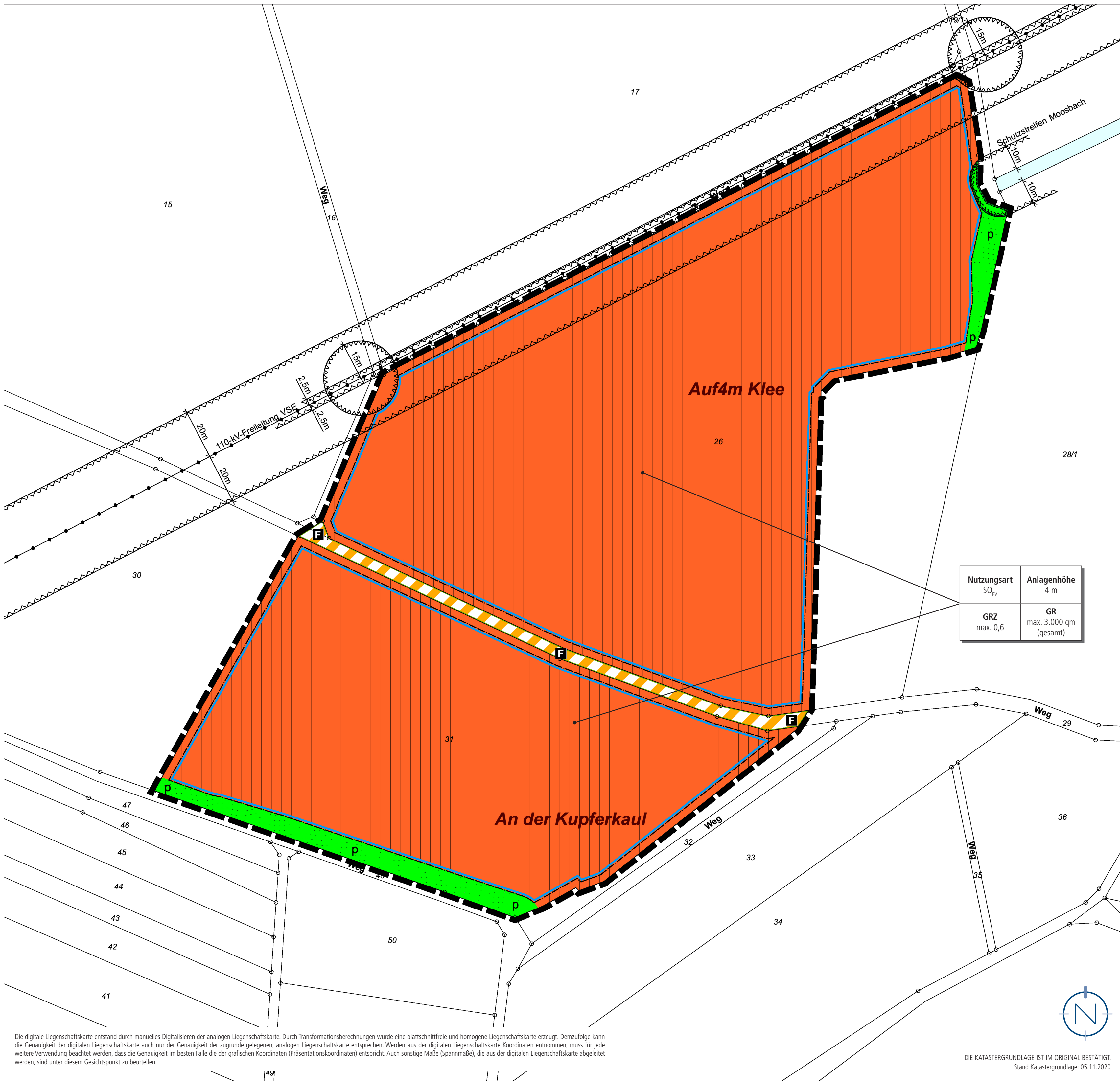


TEIL A: PLANZEICHNUNG



PLANZEICHENERLÄUTERUNG

	GELTUNGSBEREICH (§ 9 ABS. 7 BAUGB)				
	SONSTIGES SONDERGEBIET „PHOTOVOLTAIK“ (SO _u) (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 11 BAUNVO)				
Anlagenhöhe 4 m	HÖHE BAULICHER ANLAGEN, HIER: MAXIMALE HÖHE DER PHOTOVOLTAIK-ANLAGE ÜBER ANSTEHENDEM GELÄNDE (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 18 BAUNVO)				
GRZ max. 0,6	GRUNDFLÄCHENZAHL (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 11 BAUNVO)				
GR max. 3.000 qm	MAXIMAL VERSIEGELBARE GRUNDFLÄCHE IM GELTUNGSBEREICH (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 19 BAUNVO)				
	BAUGRENZE (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB U. § 23 ABS. 3 BAUNVO)				
	FLÄCHEN, DIE VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTEN UND NUR EINGESCHRÄNKT NUTZBAR SIND; HIER: 10 M SCHUTZSTREIFEN MOOSBACH / SCHUTZSTREIFEN 110-KV-FREILEITUNG VSE (§ 9 ABS. 1 NR. 10 BAUGB)				
	VERKEHRSFLÄCHE BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG; HIER: FELDWIRTSCHAFTSWEG (§ 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB)				
	OBERIRDISCHE VERSORGUNGSLEITUNG; HIER: 110-KV-FREILEITUNG VSE (§ 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB)				
	PRIVATE GRÜNFLÄCHEN (§ 9 ABS. 1 NR. 15 BAUGB)				
	FLÄCHE FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 ABS. 1 NR. 20 BAUGB)				
<table><tr><td>Baugrzt</td><td>Anlagenhöhe</td></tr><tr><td>Grundflächenzahl</td><td>Grundfläche</td></tr></table>	Baugrzt	Anlagenhöhe	Grundflächenzahl	Grundfläche	ERLÄUTERUNG DER NUTZUNGSSCHABLONE
Baugrzt	Anlagenhöhe				
Grundflächenzahl	Grundfläche				

TEIL B: TEXTTEIL

FESTSETZUNGEN (GEM. § 9 BAUGB + BAUNVO)

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB	Gebiet für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage, siehe Plan.
SONSTIGES SONDERGEBIET „PHOTOVOLTAIK“ (SO _u) GEM. § 11 BAUNVO	
zulässig sind:	<ol style="list-style-type: none">Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie (Photovoltaik-Anlage).Alle zum Betrieb der Photovoltaik-Anlage erforderlichen Anlagen, Funktionen, Bauteile, Zufahrten, Zuleitungen, Zuwegungen, Zäune, Wechsellichter, Transformatoren und Überwachungskameras.Alle zur Entwässerung des Plangebietes notwendigen Infrastrukturen (z.B. Entwässerungsrinnen, -becken und -mulden) samt Zubehör.
2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. §§ 16 - 21 A BAUNVO	
2.1 HÖHE BAULICHER ANLAGEN GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 I.V.M. § 18 BAUNVO	Siehe Plan. Die Photovoltaikmodule dürfen maximal 4 m über das heutige Gelände hinausragen. Zäune sind bis zu einer Höhe von 3 m zulässig. Alle sonstigen Anlagen und Nebenanlagen (z.B. Trafogebäude) dürfen eine Höhe von 3,5 m nicht überschreiten.
2.2 GRUNDFLÄCHENZAHL UND MAXIMAL VERSIEGELBARE GRUNDFLÄCHE GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 I.V.M. § 19 BAUNVO	Siehe Plan. Die Grundflächenzahl (GRZ) wird für die Modulfläche als projizierte überbaubare Fläche auf 0,6 festgesetzt. Die GRZ bezieht sich auf das gesamte Sonstige Sondergebiet. Bei der Ermittlung der Grundflächenzahl sind die privaten Grünflächen als Anteil des Bauparzellens / Grundstücksfläche zu berücksichtigen. Die maximal versiegelbare Grundfläche (tatsächliche Bodenversiegelung durch Fundamente / Ramppfosten der Untergestelle, Transformatoren, Übergabestation, Zaunpfosten, Zuwegungen u.ä.) darf insgesamt maximal 3.000 qm betragen.
3. ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFÄCHE GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB I.V.M. § 23 BAUNVO	Siehe Plan. Die überbaubare Grundstücksfläche wird im Plan mittels Baugrenze festgesetzt. Die PV-Modultische sind innerhalb der im Plan definierten Baugrenze zu errichten. Innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche dürfen außerdem alle zum Betrieb der Photovoltaik-Anlage erforderlichen Anlagen, Funktionen, Bauteile, Zuwegungen und Einfriedungen errichtet werden. Des Weiteren dürfen innerhalb und außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche alle zur Entwässerung des Plangebietes notwendigen Entwässerungsrinnen, -gräben und -mulden samt Zubehör ausgebaut werden. Zäune, Zuwegungen, Zuleitungen, Einfriedungen und Wechsellichter dürfen auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche errichtet werden.
4. FLÄCHEN, DIE VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTEN IST; HIER: 10 M SCHUTZSTREIFEN MOOSBACH / SCHUTZSTREIFEN 110-KV-FREILEITUNG VSE GEM. § 9 ABS. 1 NR. 10 BAUGB	Siehe Plan. Die deckungsgleich mit dem Schutzstreifen, beidseits, entlang der 110-KV-Freileitung liegende Flächen sind im Leitungsrecht zugunsten der VSE Vernetznet GmbH zu belasten.
5. VERKEHRSFLÄCHE BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG, HIER: FELDWIRTSCHAFTSWEG GEM. § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB	Siehe Plan.
6. OBERIRDISCHE VERSORGUNGSLEITUNG; HIER: 110-KV-FREILEITUNG VSE GEM. § 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB	Siehe Plan. Der Verlauf der 110-KV-Freileitung der VSE Vernetznet GmbH wird gem. ihrer Lage als oberirdische Versorgungsleitung in den Bebauungsplan aufgenommen und festgesetzt.
7. PRIVATE GRÜNFLÄCHEN GEM. § 9 ABS. 1 NR. 15 BAUGB	Siehe Plan. Innerhalb der privaten Grünflächen sind Versickerungsmulden, Entwässerungsgräben und Sickerleitungen zulässig. Innerhalb der privaten Grünflächen sind wasserdurchlässige Zufahrten / Zuwegungen zulässig.
8. MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT GEM. § 9 ABS. 1 NR. 20 BAUGB	Die entsprechend gekennzeichnete Fläche innerhalb des 10 m Schutzstreifens des Moosbachs ist naturnah zu bewirtschaften.
9. RÜCKBAUVERPFLICHTUNG UND FOLGENUTZUNG GEM. § 9 ABS. 2 BAUGB	Die festgesetzten Nutzungen sind nur so lange zulässig, wie die Photovoltaik-Anlage betrieben wird. Nach Betriebsende ist diese innerhalb von zwei Jahren einschließlich aller Nebeneinrichtungen und Fundamente zurückzubauen. Als Folgenutzung wird eine Fläche für die Landwirtschaft festgesetzt.
10. GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES GEM. § 9 ABS. 7 BAUGB	Siehe Plan.

FESTSETZUNGEN AUFGRUND LANDESRECHTLICHER VORSCHRIFTEN (§ 9 ABS. 4 BAUGB I.V.M. LBO)

Örtliche Bauvorschriften (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 85 Abs. 4 LBO)
Die Photovoltaik-Anlage ist einzuzäunen. Zäune sind bis zu einer Höhe von 3 m zulässig. Die Zaananlage um die Photovoltaik-Anlage ist so zu gestalten, dass sie für Klein- und Mittelsäuger durchlässig ist. Auf Sockelmauern sollte aus Gründen der Durchlässigkeit grundsätzlich verzichtet werden. Die Zaanunterkante sollte etwa 20 cm über der Geländeoberfläche liegen.
Um die negativen Auswirkungen der Zaananlage auf das Landschaftsbild möglichst zu minimieren, sollte die Zaananlage in gedeckten grünen, grauen oder silbernen Farbtönen gehalten werden.

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN (§ 9 ABS. 6 BAUGB)

- Naturpark**
- Das Plangebiet liegt im gemäß § 27 BNatSchG mit Verordnung vom 01.03.2007 festgesetzten „Naturpark Saar-Hunsrück“.
- Schutzabstand Wald**
- Für bauliche Nebenanlagen (Gebäude) gilt § 14 Abs. 3 LWaldG.

HINWEISE

- Artenschutz**
- Nach § 39 Abs. 5 Punkt 2 BNatSchG ist es verboten, Bäume, die außerhalb des Waldes und von Kurzumtriebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abzuschneiden, zu roden oder auf den Stock zu setzen.
- Denkmalschutz**
- Baudenkmäler und Bodendenkmäler sind nach heutigem Kenntnisstand von der Planung nicht betroffen. Auf die Anzeigepflicht von Bodendenkmälern und das Veränderungsverbot (§ 16 Abs. 1 und 2 DSchG) wird hingewiesen. Auf § 28 DSchG (Ordnungswidrigkeiten) wird hingewiesen.
- Starkregen / Hochwasserschutz**
- Hinsichtlich der klimatischen Veränderungen ist darauf zu achten, dass die Oberflächenabflüsse aufgrund von Starkregenereignissen einem kontrollierten Abfluss zugeführt werden. Den umliegenden Anliegern darf kein zusätzliches Risiko durch unkontrollierte Überflutungen entstehen.
- Abstandsregelung Wald (Schreiben der Forstbehörde vom Juni 2020)**
- Zwischen den Waldeigentümern und dem PV-Anlagenbetreiber ist eine Vereinbarung über die durch die Errichtung der Photovoltaikanlagen erhöhten Kosten und Verpflichtungen für den Bereich der Wald-Verkehrssicherheitspflicht zu treffen. In diesem Fall muss der Mindestabstand zwischen dem Schutzzaun und der Waldparzelle nur 10m betragen.
 - In der Vereinbarung stellt der PV-Anlagenbetreiber die angrenzenden Waldeigentümer von einer Haftung für Schäden frei, die an der geplanten PV-Anlage durch Astbruch, Baumwurf und sonstige forstbetriebliche Maßnahmen entstehen können. Die Freistellung erfolgt für den Bereich zwischen der Linie „Geltungsbereich des BBP“ bzw. Schutzzaun und dem Waldinnenbestand auf einer Gesamttiefe von 30m. Damit wird einem jederzeit möglichen Astwurf Rechnung getragen und das Schadensvolumen reduziert.
 - Der Forstbehörde sind vor Baubeginn alle privatrechtlichen Haftungsfreistellungen vorzulegen. Hierin sind auch die notwendigen Verkehrssicherungs-Intervalle sowie die Kostenregelungen, etc. festzulegen. Die konkrete Ausgestaltung der Haftungsfreistellung obliegt den Vertragsparteien im Sinne der Schutzvorgaben des Landeswaldgesetzes des Saarlandes.
 - Vor Baubeginn hat mindestens eine Verkehrssicherungsmaßnahme „Wald“ stattzufinden.
- 110-KV-Freileitung VSE**
- Zur Durchführung von Wartungs- und Betriebsarbeiten an den Leiterseilen unserer Freileitung und als Zuwegung sind zu den Standorten der Stahlgittermaste-Nr. 3 und 4 ist ein Streifen von mindestens 5 m (jeweils 2,5 m beiderseits der Leitungssachse) von einer Bebauung frei zu halten. Weiterhin ist ein Kreis mit einem Radius von 15 m, gemessen um den Mittelpunkt der Stahlgittermaste-Nr. 3 und 4, von jeglicher Bebauung freizuhalten.
 - Eine bauliche Nutzung der übrigen Flächen innerhalb des Leitungsschutzstreifens ist grundsätzlich möglich, sofern nachfolgende Restriktionen beachtet werden.
 - Unter Beachtung des nach DIN VDE 0210 vorgeschriebenen Sicherheitsabstands zwischen dem nächstgelegenen Bauwerkteil und den spannungsführenden Teilen einer Hochspannungsfreileitung ist eine vollständige Bebauung der Fläche möglich, sofern die geplanten PV-Module eine maximale Bauhöhe von 4,5 m über dem bestehenden Geländeneiveau nicht überschreiten.
 - Veränderungen des Geländeneiveaus, d.h. Aufschüttungen und Abgrabungen, im Bereich des Leitungsschutzstreifens sind uns ausnahmslos im Vorfeld zu einer Stellungnahme vorzulegen.
 - Um elektrische Aufladungen zu vermeiden, sind alle an der Photovoltaikanlage befindlichen metallenen Objekte in einen umfassenden Potentialausgleich entsprechend DIN VDE 0100 Teil 410/540 und DIN VDE 0185 (vgl. auch ENV 61024-1) einzubeziehen. Wir gehen davon aus, dass die komplette Trägerkonstruktion einschl. Rahmen etc. in einen umfassenden Potentialausgleich - wie oben erläutert - einbezogen und ausreichend geerdet wird. Anfallende Kosten für notwendig werdende Schutzmaßnahmen gehen zu Lasten des Grundstückseigentümers/des Bauherrn.
 - Sofern der geplante Solarpark durch eine Zaananlage eingefriedet werden soll, ist die Zugänglichkeit der v. g. Maststandorte durch ein befahrbares Tor, ggf. mit einer Doppelschließung, sicherzustellen.
 - Im Rahmen der Errichtung der geplanten PV-Anlagen ist sicherzustellen, dass die eingesetzten Baumaschinen, wie z. B. Betonpumpen, Mobilkräne o. ä., aufgrund der Bauart und des gewählten Standortes den Sicherheitsbereich von 3,0 m um die aktiven Teile der Freileitung zu keinem Zeitpunkt - auch nicht unbeabsichtigt - unterschreiten können.
 - Eventuelle Mindererträge bei der Menge des erzeugten Stromes, die auf eine Beschattung der PV-Anlage durch die vorhandene Freileitung und/oder auf den Kot der auf den Leiterseilen sitzenden Vögel zurückzuführen wäre, sind ausdrücklich nicht durch den Leitungsbetreiber zu vertreten. Im Zweifelsfall empfehlen wir deshalb, keine PV-Module unmittelbar unterhalb der Leiterseile zu planen und eine Fläche in einer Breite von 15 m (jeweils 7,5 m beiderseits der Leitungssachse) von einer Bebauung freizuhalten.

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

- Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:
- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728).
 - Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786).
 - Verordnung über die Ausarbeitung der Bauteilpläne und die Darstellung des Plininhalts (Planzeichenverordnung - PlanzV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057).
 - Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 290 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328).
 - Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 3 des Gesetzes vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465).
 - Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1408).
 - § 12 des Kommunalselfverwaltungssetzes (KSVG) des Saarlandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Februar 2020 (Amtsbl. I S. 208).
 - Saarländische Landesbauordnung (LBO) (Art. 1 des Gesetzes Nr. 1544) vom 18. Februar 2004, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 04. Dezember 2019 (Amtsbl. I 2020 S. 211).
 - Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland - Saarländisches Naturschutzgesetz (SNG) - vom 05. April 2006 (Amtsbl. 2006 S. 726), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Februar 2019 (Amtsbl. I S. 324).
 - Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSchG) (Art. 3 des Gesetzes Nr. 1946 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes und der saarländischen Denkmalpflege) vom 13. Juni 2018 (Amtsbl. 2018, S. 358).
 - Saarländisches Wassergesetz (SWG) vom 28. Juni 1960 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsbl. S. 1994), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Februar 2019 (Amtsbl. I S. 324).
 - Waldgesetz für das Saarland (Landeswaldgesetz - LWaldG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Oktober 1977 (Amtsbl. 1977 S. 1009), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Februar 2019 (Amtsbl. I S. 324).
 - Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (Saarländisches Bodenschutzgesetz - SBodSchG) vom 20. März 2002 (Amtsbl. 2002 S. 990), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. November 2007 (Amtsbl. S. 2393).
 - Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Saarland (SaarLUVPG) vom 30. Oktober 2002 (Amtsbl. 2002 S. 2494), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Oktober 2015 (Amtsbl. I S. 790).

VERFAHRENSVERMERKE

- Der Gemeinderat der Gemeinde Nohfelden hat am _____ die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Solarpark Mosberg-Richweiler“ beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB).
- Der Beschluss, diesen Bebauungsplan aufzustellen, wurde am _____ ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).
- Es wird bescheinigt, dass die im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes gelegenen Flurstücke hinsichtlich ihrer Grenzen und Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster übereinstimmen.
- Die Öffentlichkeit wurde im Rahmen einer Unterrichtung in der Zeit vom _____ bis einschließlich _____ frühzeitig beteiligt (§ 3 Abs. 1 BauGB).
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden, deren Aufgabenbereich von der Planung berührt werden kann, wurden mit Schreiben vom _____ frühzeitig beteiligt und von der Planung unterrichtet und um Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB (Scoping) aufgefordert (§ 4 Abs. 1 BauGB). Ihnen wurde eine Frist bis zum _____ zur Stellungnahme eingeräumt.
- Der Gemeinderat der Gemeinde Nohfelden hat in seiner Sitzung am _____ den Entwurf gebilligt und die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes „Solarpark Mosberg-Richweiler“ beschlossen (§ 3 Abs. 2 BauGB).
- Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung, hat in der Zeit vom _____ bis einschließlich _____ öffentlich ausliegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).
- Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch per Mail abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können, am _____ ortsüblich bekannt gemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB).
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden wurden mit Schreiben vom _____ von der Auslegung benachrichtigt (§ 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB). Ihnen wurde eine Frist bis zum _____ zur Stellungnahme eingeräumt.
- Während der öffentlichen Auslegung gingen seitens der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Bürger Anregungen und Stellungnahmen ein. Die Abwägung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen erfolgte durch den Gemeinderat am _____. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen und Stellungnahmen vorgebracht haben, mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).
- Der Gemeinderat hat am _____ den Bebauungsplan „Solarpark Mosberg-Richweiler“ als Satzung beschlossen (§ 10 Abs. 1 BauGB). Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung.

Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB.

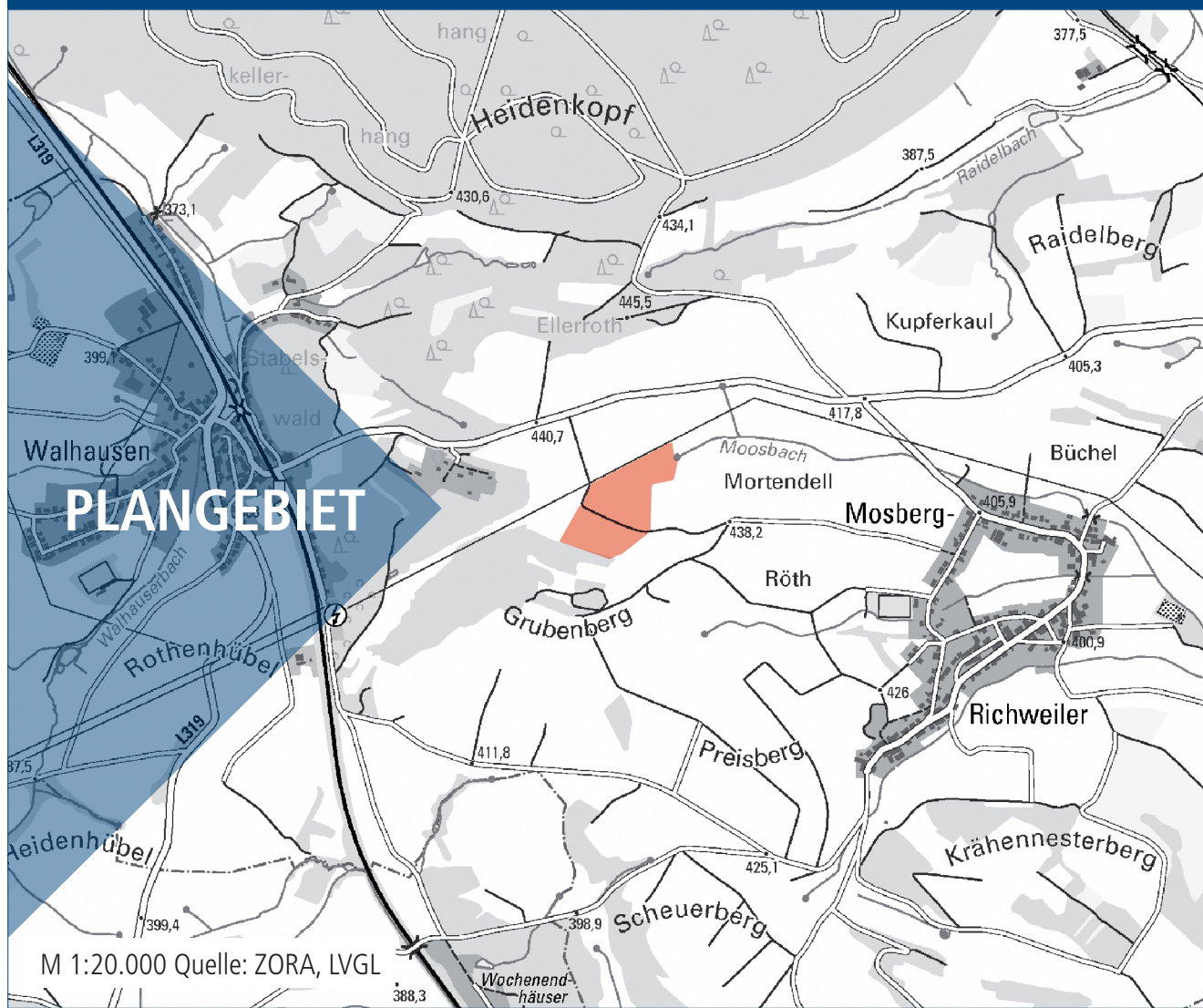
§ 4 Abs. 1 BauGB u. § 2 Abs. 2 BauGB

in der Zeit vom

04.01.2021 bis einschließlich 05.02.2021

Solarpark Mosberg-Richweiler

Bebauungsplan in der Gemeinde Nohfelden, Ortsteil Mosberg-Richweiler



Bearbeitet im Auftrag der Gemeinde Nohfelden
An der Burg
66625 Nohfelden

Gesellschaft für Städtebau und Kommunikation mbH
Kirchenstraße 12 · 66557 Illingen
Tel: 0 68 25 - 4 04 10 70
email: info@kernplan.de

Geschäftsführer:
Dipl.-Ing. Hugo Kern
Dipl.-Ing. Sarah End

Stand der Planung: 18.11.2020
ENTWURF

Maßstab 1:1000 im Original
Verkleinert ohne Maßstab

0 10 50 100

KERN PLAN